

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welche Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Woch. 1/4 0.85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; d. Post monatlich 2.60 RM frei-liegend



Anzeigen-Grundzahlen in Sp. Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Sp. in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm 30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanzeigiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz R. S., Großböhndorf, Bretznig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. F. Dr. F. E. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 65

Montag, den 18 März 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Wattierleinen-Vertrieb**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Bretznig Nr. 127 K wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke **der Schlußtermin auf den 11. April 1929, vormittags 11 Uhr** vor dem Amtsgerichte zu Pulsnitz bestimmt worden.

Amtsgericht Pulsnitz, den 14. März 1929.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. Die Ausstellung der Schülerarbeiten der Dessauischen Handelsschule (mit Vorklasse) und Fachschule für Textilindustrie ist Dienstag, den 19. März 1929, von vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr zur Besichtigung geöffnet.

(Der Anmarsch des Vogelheeres.) Die Rückkehr der Zugvögel beginnt im allgemeinen schon im Februar. In diesem Jahre haben die Frühlingsboten allerdings ein etwas verdühtes Gesicht gemacht, als sie bei ihrer Rückkehr die verschneite Landschaft voranden. Von überall wird das Eintreffen der ersten Stare berichtet. Sie fliegen meist noch in Scharen beisammen. Man beobachtet sie in der Nähe ihrer früheren Niststätten. Zu den Ankömmlingen im März gehören die Hausrotschwänze, die Waldschnepe, der Turmfalke und die Singdrossel. Anfang April ziehen die Rauchschwalbe, die Bachstelze, die große Rohrdommel und der Wiedehopf ein. Dann folgen Gartenrotschwanz, Grasmücke, Nachtigall, Goldammer und Wendehals. Ende April können wir den Kuckuck und die Hauschwalbe begrüßen. Im Mai treffen die letzten Zugvögel ein, nämlich die Nachtschwalbe, die Turmschwalbe, die Gartengrasmücke, der Pirol und zuletzt die Wachtel.

(Eine Aenderung der Kraftfahrzeugsteuer) ist in Sicht als Erfolg der sächsischen Denkschrift. Bekanntlich hat die sächsische Regierung kürzlich eine Denkschrift ausgearbeitet über die Benachteiligung des Freistaates Sachsen bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer. Sie wies darin überzeugend nach, daß der jetzige Verteilungsschlüssel dieser Steuer, bei dem Sachsen in 4 1/2 Jahren 22,4 Mill. eingebüßt hat, ungerecht und auf die Dauer unhaltbar sei. Auf Grund dieser Denkschrift beantragte die sächsische Regierung im Reichsrat die Aenderung des Schlüssels. Wie man von zuständiger Seite erfährt, hat die Denkschrift im Reichsrat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, doch läßt sich schon jetzt sagen, daß der Reichsrat einer Aenderung des Schlüssels zustimmen wird. Wenn auch dabei nicht alle Wünsche Sachsens erfüllt werden, so doch wenigstens ein Teil der sächsischen Anträge, so daß sich die Anteile Sachsens an der Kraftfahrzeugsteuer entsprechend einem starken Steuerertrag nicht unwesentlich erhöhen dürften.

(Die Urlaubsliste läuft wieder um.) Anfang April beginnt die Reisezeit. In Fabriken und Büros werden jetzt die Urlaubslisten durchgegeben. Und jeder beginnt Reisepläne zu schreiben. Wie bald sind auch die paar Wochen vergangen und der Urlaub ist da! Wie mancher kann dann aber seine wohlverdiente Ruhezeit nicht richtig ausnutzen, weil's an Reisegeld fehlt. Wer schöne Ferien haben will, muß deshalb rechtzeitig für die Reise sparen. Viele tun es richtigerweise gleich nach beendeter Urlaubszeit. In Sparkassen und Banken hat man, um dies leicht zu machen, besondere Reisesparkonten eingeführt. Jedermann kann sich bei der nächsten Sparstelle ein solches Konto einrichten lassen. Vielen klugen Leuten hat diese segensreiche Einrichtung schon schöne Ferien verschafft.

(Aus den sächsischen Gesetzblättern.) Das sächsische Gesetzblatt Nr. 5 vom 12. März enthält Bekanntmachungen über die Versorgung der Staatsarbeiter, über Ausschreibung offener, den Versorgungsanwärtern vorbehaltenen Stellen im Staats- und Gemeindebedienstete und über den Geschäftsverkehr mit der sächsischen Staatsbank.

Dresden. Der Drahtgruß des Verbandes der sächsischen Industriellen an den Reichspräsidenten. Die Tagung des Verbandes sächsischer Industrieller schloß mit einem geselligen Abend im großen Saal der Reichshauptmannschaft ab. Im Laufe des Abends wurde

Kann Deutschland weitere Reparationslasten tragen?

Fortschreitende Zunahme der Arbeitslosigkeit — Millionenanleihe des Reiches bei den Banken
Französischer Milliardenwahn — Die deutschen Delegierten gegen die Erfindungen der Pariser Presse

Kampf um die Reparationsbank.

Wieder hat eine Vollsitzung der Reparationskonferenz stattgefunden. Lord Revelstoke berichtete über die Arbeiten des Ausschusses, der die Frage der Kapitalbeschaffungörtert hat. Danach prüfte man den Bericht des Bertins-Ausschusses über die Sachlieferungen. Beide Ausschüsse haben ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen, so daß man für Anfang dieser Woche eine neue Vollsitzung anberaumt hat. Man rechnet in Paris im allgemeinen mit deutschen Sachlieferungen noch für die Zeit von acht bis zehn Jahren. Ueber das Verhältnis zwischen dem durch Transfer geschützten und dem ungeschützten Teil der deutschen Kriegsschulden soll man sich geeinigt haben. Die Frage der Festsetzung der deutschen Jahresraten und der Zahlungsdauer der deutschen Kriegsschulden ist dagegen noch nicht zum Abschluß gekommen.

Der Reichstagsabgeordnete Oberfinanzrat Dr. Bang hat in verschiedenen Reden in Sachsen sich gegen eine weitere Einengung der deutschen Staatsloshheit gewandt, wie sie eine Reparationsbank darstellen würde. Während Deutschland vor einer katastrophalen Finanzlast und einem nicht zu deckenden Reichshaushalt leide, gehe man bei den Verhandlungen in Paris höhnisch über die letzten deutschen Lebensrechte hinweg. Offenbar nehme man deutscherseits die von der Gegenseite auch wieder zur Rechtsgrundlage gemachte Kriegsschuld ruhig hin. Das deutsche Schicksal werde in Paris vernachlässigt, und das vormalige Deutsche Reich werde endgültig zur Arbeitsprovinz im internationalen Bankensystem. Wir sollten uns von den Verhandlungen in Paris zurückziehen und den Dawesplan an sich selbst zugrunde gehen lassen.

Der amerikanische Handelsattaché bleibt skeptisch.

Der neueste Bericht des amerikanischen Handelsattachés in Berlin über die deutsche Wirtschaftslage ist veröffentlicht worden. Die salomonische Depression der deutschen Wirtschaft, die im Februar stets ihren Tiefpunkt zu erreichen pflegt, ist in diesem Jahre besonders stark ausgeprägt. Diese Faktoren sind die Besorgnisse bezüglich der Reparationsregelung, die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Geld- und Devisenmarktes, die sich teilweise aus dem Rückfluß der ausländischen Kredite ergibt, innerpolitische Schwierigkeiten, die dilatorische Behandlung des Budgets, das erhebliche Steuererhöhungen bringen soll, die angespannte Kassenlage des Reiches, die zur Aufnahme beträchtlicher Kredite am offenen Markt durch das Reich geführt hat. Die Depression spiegelt sich u. a. in der gesteigerten Arbeitslosigkeit, in der wachsenden Zahl von Zahlungsunfähigkeiten und Konkursen, in den verringerten Wagengestellungen und im verringerten Börsengeschäft.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

In der zweiten Februarhälfte hat sich die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung noch um etwa 100 000 Personen erhöht. Am 28. Februar gab es in der Arbeitslosenversicherung (einschließlich Sonderfürsorge bei berufsbühlicher Arbeitslosigkeit) rund 2 460 000 Hauptunterstützungsempfänger gegen rund 2 360 000 am 15. Februar.

Das Reich borgt bei den Großbanken.

Das Reichsfinanzministerium hat mit Rücksicht auf die außerordentliche Knappheit in der Reichskasse bei einer Reihe von Berliner Banken, vor allem bei den D-Banken

und einigen Privatbanken, darunter der Berliner Handelsgesellschaft, sowie bei der Reichskreditgesellschaft eine größere Summe (150 Millionen?) flüssig machen müssen, die kurz vor Ultimo März dem Reiche ausgezahlt wird und die spätestens nach vier Wochen zurückgezahlt werden soll. Die Zinssätze sollen besonders günstig sein. Der Reichsfinanzminister hat schon im Reichstag behauptet, daß etwa vom 10. April ab erhebliche Beträge an Steuerzahlungen einfließen, durch die ein derartiger vorübergehender Kredit abgedeckt werden könne. Die ganze Krisenmaßnahme ist ein typisches Zeichen für den außerordentlichen Ernst in der Lage der Reichsfinanzen.

Die deutsche nationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der auf die Not des gewerblichen Mittelstandes in Verbindung mit der katastrophalen Lage der Landwirtschaft hingewiesen wird. Beton wird die starke Konkurrenz der öffentlichen Hand. Die Regierung wird gefragt, ob sie bereit sei, ein Notprogramm für den gewerblichen Mittelstand aufzustellen.

Französischer Milliardenwahn.

Paris. Interessant und sicherlich wertvoll ist die am Sonnabend aufgetauchte Auffassung, daß die deutschen Jahreszahlungen gestaffelt werden sollen entsprechend dem Ansteigen der französischen Schulden an die Vereinigten Staaten. Von deutscher Seite dürfte der Vorschlag nicht unbedingt abgelehnt werden, falls er zu möglichen Zahlungsbedingungen für Deutschland führt. Doch muß mit aller Energie Front gemacht werden gegen den Versuch der Franzosen, den durch Transfer nicht geschützten Teil der deutschen Schuld möglichst hoch zu beziffern und ihn allein für die Frankreich und Belgien zufallende Wiedergutmachung zu verwenden. In Kreisen der deutschen Sachverständigen bemüht man die Höhe der von Deutschland für die Wiedergutmachung zu zahlenden Summen gemäß den eigenen Forderungen der Delegierten auf eine halbe Milliarde, während die französische Presse von 1 1/2 Milliarden, die Agentur Havas von 1 Milliarde spricht. Die Jahreszahlungen sollen bis 1989 gehen. Für Deutschland kommen beratige Zahlungen selbstverständlich nicht in Frage. Wenn die französische Presse fortfährt, ihre Forderungen, statt sie einer möglichen Lösung anzupassen, weiter zu steigern, so ist an eine Verständigung vorläufig nicht zu denken.

Die deutsche Delegation gegen die Erfindungen der Pariser Presse

Berlin, 18. März. Wie der „Montag“ aus Paris meldet, wird der von der französischen Presse veröffentlichte angebliche Zahlungsplan über den bereits in allen wesentlichen Punkten eine Verständigung zu Stande gekommen sein soll, von zuständiger deutscher Seite als eine gewissenlose Erfindung bezeichnet. Aus der Art der Veröffentlichung und aus dem Fehlen jeder amtlichen Richtigeitung geht, wie der „Montag“ bemerkt, hervor, daß unter Umständen die französische Regierung auf der Tribunkonferenz wissenschaftlich falsche Angaben absichtlich lanciert hat, um die öffentliche Meinung für ihre Wünsche zu gewinnen und in Deutschland Verwirrung zu stiften. Das ist ein grober Unfug, der nicht dazu beiträgt die Aussichten der Konferenz zu verbessern.

Entwurf eines Reichsmilchgesetzes.

Berlin. Der von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft aufgestellte Entwurf eines Reichsmilchgesetzes ist den Landesregierungen und wirtschaftlichen Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet worden.